

## The End of “Freedom” in Central and Eastern Europe?

### Addressing the Challenges of an Illiberal Turn

----

9.-11. Juni 2022

Andrássy Universität, Budapest

„Freiheit“ nimmt seit jeher eine zentrale Bedeutung für gesellschaftliche Debatten und Stimmungslagen ein. Dies gilt in Ostmitteleuropa in einem besonderen Maße, weil politische wie ökonomische Freiheiten und staatliche Souveränitäten hier erst 1989 (wieder-)erlangt wurden – und das teilweise nach jahrzehntelangen Bemühungen, die nicht selten von gewalttätigen Auseinandersetzungen überschattet wurden. Verwiesen werden kann etwa auf den ungarischen Volksaufstand, den Prager Frühling, die rumänische Revolution und nicht zuletzt auf den Freiheitskampf der Ukrainer, der seit dem Überfall Russlands vehemente Virulenz entfaltet hat.

Mit dem Ende der kommunistischen Regime war die „Freiheit“ aber weder vollends noch endgültig erreicht, sondern musste in einem langwierigen, mitunter schwierigen und mühsamen Prozess erstritten werden. Zu denken sei an legislative Vorhaben (angefangen bei der Erarbeitung neuer Verfassungen) ebenso wie an gesellschaftliche Verhandlungsprozesse darüber, was genau in welchem Lebensbereich als „frei“ zu verstehen ist. Diese Debatten betreffen Fragen religiöser Freiheit in gleichem Maße wie des Rechts von Frauen, über ihre Körper selbstständig entscheiden zu können, Fragen der (strengen vs. laxen) Regulierung der nun kapitalistischen Wirtschaftssysteme wie auch der Kontrolle bzw. Unabhängigkeit der Justizsysteme. Diese Liste ließe sich insbesondere vor dem Hintergrund des seit den 2010er Jahren zunehmend zu beobachtenden *democratic backsliding* mühelos fortführen. Um die mannigfaltigen Facetten des „Kampfes um Freiheit“ in Ostmitteleuropa zu diskutieren, haben sich – finanziert vom HFR, der Friedrich-Ebert-Stiftung Budapest, der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas der TU Chemnitz und des Centers for Social Research in Budapest – insgesamt knapp sechzig Forschende getroffen und dabei verschiedene fachliche, synchrone wie auch diachrone Perspektiven zur Diskussion gestellt.

Nach einem Grußwort des Rektors der Andrássy Universität, Zoltán Tibor Pállinger, wurde die Veranstaltung durch zwei Keynote Lectures eröffnet. Andrea Pető (CEU) hat zur illiberalen Wissenschaftspolitik gesprochen und dabei zwei Beispiele der Bildung von Fidesz-nahen akademischen Einrichtungen vorgestellt, die auch durch eine immense finanzielle Förderung eine „gefährliche Wissenschaft“ und „gefährliche Lehre“ auf dem ungarischen Wissenschaftsfeld zu etablieren versuchen. Dabei warf Pető die Frage auf, inwieweit ein solches Vorgehen trotz der zur Verfügung gestellten Ressourcen nachhaltig sein kann. Máté Szabó (ELTE) gab hingegen einen Überblick über zentrale Momente der ungarischen Geschichte, die weitreichende Implikationen für die heutige Diskussion von Freiheitsrechten aufweisen und teilweise im öffentlichen Diskurs in der Auseinandersetzung zwischen individueller und kollektiver Freiheit instrumentalisiert werden.

Das erste Konferenzpanel widmete sich der Qualität von Demokratie im östlichen Europa. Michael Bernhard (University of Florida) hat das Panel mit einer Typologie eröffnet, in der er entlang der Rechenschaftspflicht politischer Entscheidungsträger\*innen post-kommunistische Demokratien gegenübergestellt hat. Dabei konnte er zeigen, weshalb die Dedemokratisierungstendenzen in Polen bislang nicht dieselbe (negative) Qualität angenommen haben, wie der Vorreiter des *democratic backsliding* in der EU, Ungarn. Zum wohl derzeit virulentesten Beispiel demokratischer Dekonsolidierung im östlichen Europa haben Evelyn Moser und Galina Selivanova (beide Universität

Bonn) referiert und dafür plädiert, nicht mehr vom Autoritarismus, sondern im Falle Russlands vom Neo-Totalitarismus zu sprechen. Spätestens im Nachgang des Überfalls auf die Ukraine sind nicht nur alle Räume des zivilgesellschaftlichen Aktivismus ihrer letzten Freiheit beraubt worden, sondern ist auch eine Brutalisierung der öffentlichen Debatten zu beobachten. Katarzyna Walecka (UKSW) und Agnieszka Kwiatkowska (SWPS) richteten hingegen den Blick auf ein Paradox, das auch in Polen zu beobachten ist: Allgemeine Bevölkerungsumfragen zeigen, dass Jugendliche einerseits die Idee der Demokratie befürworten, andererseits aber dem konkreten Funktionieren der Demokratie distanziert gegenüberstehen, was sich bspw. in einer geringen Partizipation etwa an Wahlen und einem geringen Vertrauen in demokratische Institutionen ausdrückt. Abgeschlossen wurde das Panel durch Stefan Garsztecki (TU Chemnitz), der einen nuancierten Blick auf den ideologischen Kern der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) warf. Auf der Grundlage von Grundsatzpapieren und -reden wurden unterschiedliche politiktheoretische Strömungen identifiziert und es wurde zur Diskussion gestellt, ob die ideologischen Versatzstücke am besten unter dem Label Republikanismus, Kommunitarismus oder schlichtweg des Autoritarismus subsumiert werden sollten.

Anschließend wurde der Fokus auf den illiberalen Gender-Backlash gelegt. Bianka Vida (University of Surrey) hat sich mit den Interdependenzen zwischen Populismus, Illiberalismus und dem sog. Genderismus beschäftigt und dargelegt, wie wichtig der Kampfbegriff Gender für die Konsolidierung des Orbánismus ist. Liliana Popescu und Victor Ciobotaru (beide SNSPA) haben politische Kampagnen der rumänischen Koalition für die Familie analysiert und gezeigt, wie über die Okkupierung des öffentlichen Raumes und der Sprache der Versuch unternommen wird, das freie Denken über Geschlecht und Geschlechterrollen einzuschränken. Abschließend legten Dorota Szelewa (University College Dublin) und Dorottya Szikra (CSS) eine kritische Analyse der restriktiven Maßnahmen in Bezug auf Frauen, Geschlechtergleichstellung und sexuelle Minderheiten in Polen und Ungarn zwischen März 2020 und Juli 2021 vor. Beide argumentierten, dass die Regierungen in Polen und Ungarn die Dynamik der Corona-Krise nutzten, um die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten einzuschränken.

Das letzte Panel des ersten Konferenztages widmete sich ökonomischen Fragen im Kontext des democratic backsliding. Zsófia Schmidt (Universität St. Gallen) hat sich mit dem *System der Nationalen Kooperation* beschäftigt, das als eine Art „Dritter Weg“ verstanden werden kann. Ziel der Fidesz ist es offiziell, den Status der ungarischen Wirtschaft als verlängerte Werkbank des Westens zu überwinden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die mediale Begleitung der Orbánschen Wirtschaftspolitik und hier insbesondere deren Einbettung in den illiberalen Diskurs gelegt. Tomasz Kubin (Uniwersytet Śląski) analysierte die Wirtschaftspolitik seit dem Machtantritt der PiS und beleuchtete Prozesse der Übernahme von Staatskonzernen durch die Regierungspartei. Die Frage war, ob sich in Polen eine Art Staatskapitalismus entwickelt und welche Konsequenzen es für die Konkurrenzfähigkeit der unter Parteikontrolle gebrachten Konzerne hat. Abgeschlossen wurde das Panel durch ein Referat von Jakub Anusik (Uniwersytet Łódzki). Ziel des Vortrags war es, einen Vergleich zwischen den Visegrád Staaten zu ziehen und dabei die internen Varianzen der ökonomischen Systeme und ihre differenzierte Integration in den europäischen Wirtschaftsraum nachzuzeichnen. Ein solches Vorgehen erlaubt es, eine Typologie zu entwickeln, welche die unterschiedlichen Grade von Verflechtung und Autonomie der ostmitteleuropäischen Ökonomien berücksichtigt.

Abgeschlossen wurde der erste Tag mit einer öffentlichen Debatte über den Zustand der Demokratie in Ostmitteleuropa. Moderiert von Melis G. Laebens (University of Oxford) diskutierten Andrzej Rychard (IFiS PAN), Anna Unger (ELTE), Bálint Magyar (CEU) und Michael Bernhard (University of Florida). Die teilweise (auch disziplinär) sehr verschiedenen Perspektiven verband die gemeinsame Ansicht, dass die Forschung zu Ostmitteleuropa – wie sich im Nachhinein herausstellte –

fälschlicherweise den Transformationsprozess unidirektional konzeptualisierte. Derweil haben die letzten Jahre gezeigt, dass die politischen Systeme (nicht nur) in Ostmitteleuropa nicht zwangsläufig immer demokratischer werden müssen, in ihrer Konsolidierung durchaus stagnieren und sogar Rückschritte auf ihrem Transformationsweg machen können. Auch wenn diese Beobachtung in einem besonderen Maße für Polen und Ungarn gilt, ist sie nicht auf diese beiden Staaten allein begrenzt. Daraus wurden zwei Schlüsse gezogen: Es bedarf einer theoretischen Innovation, die erstens den dynamischen Charakter demokratischer Konsolidierung betont und zweitens einen stärkeren Blick über staatliche Institutionen oder politische Akteur\*innen hinweg auf die Bürger\*innen ermöglicht. Es ist nämlich bei weitem nicht so, dass illiberale Parteien oder Politiker\*innen Wähler\*innen etwa über Wahlgeschenke manipulieren würden. Ganz offensichtlich ist eine robuste Nachfrage nach antiliberalen politischen Angeboten zu beobachten, welche bislang oftmals unerforscht blieb

Der zweite Kongress wurde mit einem Panel zu den populistischen Grundlagen des Illiberalismus eröffnet. Bálint Magyar und Bálint Madlovics (beide CEU) haben eine Typologie der teilweise ähnlichen, teilweise sehr verschiedenen Wege der Dedemokratisierung in Polen und Ungarn vorgestellt. Dabei spielten institutionelle Eingriffe der Fidesz und der PiS eine zentrale Rolle, die allein aufgrund der unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in den beiden Landesparlamenten eine unterschiedliche Trajektorie angenommen haben. Anschließend haben Agnieszka Kwiatkowska (SWPS), Amanda Dziubińska (Uniwersytet Warszawski), Viktoriia Muliavka (IFIS PAN) und Hubert Plisiecki (IFIS PAN) untersucht, ob der rasante Dekonsolidierungskurs in Polen sich in einer Ablehnung der liberalen Demokratie in Parlamentsreden spiegelt. Das Ergebnis zeigt, dass wir eher eine Redefinition der Demokratie beobachten können, in der redistributive Elemente auf Kosten egalitärer Ideale in den Mittelpunkt des „Demokratiediskurses“ der Abgeordneten der Regierungspartei rücken. Alex Radunz (GIZ) schloss das Panel mit einer quantitativen Studie ab, welche diejenigen Gründe für eine Ablehnung der EU identifizierte, die als typisch für Ostmitteleuropa gelten können. Im Ergebnis überwiegen in den östlichen Mitgliedstaaten kulturelle Faktoren, die wiederum von EU-skeptischen Parteien zur Wähler\*innenmobilisierung genutzt werden.

Darauf folgte ein Doppelpanel zu den *Shrinking Spaces* für die Zivilgesellschaft. Galia Chimiak (IFIS PAN) rekonstruierte den Einfluss der Machtübernahme durch die PiS auf den polnischen zivilgesellschaftlichen Sektor. Zwar wurden die Räume für Aktivismus nicht gänzlich eingeschränkt. Die Regierung hat jedoch über die Verteilung finanzieller Mittel solche Organisationen mit Ressourcen (auf Kosten ihrer progressiven Pendanten) ausgestattet, die als erzkonservativ bis nationalistisch gelten können. Einen vergleichenden Blick auf dieses Phänomen haben Michael Dobbins und Rafael Labanino (beide Universität Konstanz) geworfen. Auf der Grundlage einer quantitativen Organisationsbefragung in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und Slowenien konnten die beiden Vortragenden darlegen, dass das Versiegen staatlicher Geldflüsse nicht unbedingt mit einem Rückgang der Lobbyarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen einhergeht. Kristof Nagy (CEU) stellte seine ethnographische Studie der Ungarischen Akademie der Künste nach ihrer Übernahme durch die Fidesz-Regierung vor. Dabei beschrieb er detailliert den Prozess der Etablierung einer Zivilgesellschaft von rechts. Einen allgemeineren und wiederum vergleichenden Blick auf die Konsequenzen des Einschränkens der Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in Polen und Ungarn bot Márton Gerő (ELTE) an. Der Referent hat auf der Grundlage von Interviews rekonstruiert, welche Faktoren die weithin zu beobachtende Resilienz der beiden Zivilgesellschaften ausmachen. Rupert Graf Strachwitz (Maecenata Institut) hatte sich hingegen zur Aufgabe genommen, nicht nur den Zustand der Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa in einem breiteren Kontext zu diskutieren, sondern Voraussetzungen herausgearbeitet, die das Erfüllen der demokratischen Kernaufgabe(n) von Zivilgesellschaft auch in einem zunehmend autoritären Umfeld

ermöglichen. Im Anschluss hat Szabina Kerényi (CSS) die sich rapide verändernde Rolle der Umweltpolitik und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Umweltbewegung seit dem Machtantritt der Fidesz nachgezeichnet. Den Schwerpunkt des Vortrages bildete die ambivalente Beziehung zwischen der Umweltbewegung und dem Staat. Das hybride Regime ist aktiv darum bemüht, die Umweltbewegung einzuhegen. Dies geschieht hauptsächlich durch Übernahmeversuche und den Aufbau von Parallelstrukturen, was unabhängigen Aktivismus vor große Herausforderungen stellt.

Das letzte Panel des zweiten Tages thematisierte Fragen der Pressefreiheit in hybriden Regimen. Dilara Hekimci (Florida International University) hat sich mit den Strategien der ungarischen Opposition beschäftigt, welche in einer Medienlandschaft operieren muss, die mehrheitlich von der Fidesz kontrolliert wird. Dabei hat sich gezeigt, welche immense Bedeutung sozialen Medien zukommt, um eine unabhängige Gegenöffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Alexander Svyetlov (Memorial Ukraine) hat hingegen über die Geschichte der Medien in der Ukraine referiert und betont, wie bedeutend der Kampf um eine unabhängige Medienlandschaft für den Weg einer westorientierten Ukraine war.

Abgeschlossen wurde der zweite Konferenztag mit einer öffentlichen Debatte mit unabhängigen Journalist\*innen, die in Polen und Ungarn ihrer Arbeit nachgehen. Moderiert von Dilara Hekimci (Florida International University) haben Bartosz T. Wieliński (Gazeta Wyborcza), Veronika Munk (telex.hu) und Marton Gergely (HVG) Einblicke in ihre Arbeit im illiberalen Kontext gegeben und über Implikationen für einen Journalismus debattiert, der von staatlichen Stellen unter Druck gesetzt wird. Dabei sind insbesondere die Unterschiede zwischen den beiden Ländern deutlich geworden. Während in Polen unabhängige Medien gegen v. a. ökonomische Druckmechanismen anzukämpfen haben, ist der unabhängige Journalismus in Ungarn so weit marginalisiert, dass um dessen Überlebenschancen gebangt wird.

Den dritten und letzten Konferenztag eröffnete ein Panel zur akademischen Freiheit. Viktor Lőrincz (CSS) und Zsolt Körtvélyesi (ELTE) haben analysiert, wie die Europäische Union auf Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit reagiert, welche juristischen Antworten sie findet und welche Wirksamkeit diese entfalten. Immerhin kann festgehalten werden, dass selbst juristische Verfahren allein aufgrund ihrer Dauer bislang kaum Wirkung entfalten konnten. András Pap (CEU) hat juristische Rahmenbedingungen der akademischen Freiheit in Ungarn untersucht und die verschiedenen Dimensionen ihrer Beschneidung herausgestellt, welche Lehre, Forschung und Publikationstätigkeit gleichermaßen tangieren können und nicht nur einzelne Forschende treffen, sondern sich auch gegen Forschungseinrichtungen richten können. Reja Wyss (University of Oxford) beleuchtete die Situation junger Wissenschaftler\*innen in Polen, die zwar nicht unter demselben politischen Druck stehen wie in Ungarn, die aber dennoch Strategien entwickeln müssen, um in dem zunehmend polarisierten Feld der Wissenschaft ihre Karrierechancen aufrechtzuerhalten. Abschließend hat Judit Gárdos (CSS) konkrete politische Entscheidungen aus der jüngsten Zeit vorgestellt und ihre Konsequenz für die Wissenschaftler\*innen in Ungarn aufgezeigt. Dabei bedient sich die ungarische Regierung v. a. zweier Elemente: der Steuerung über Finanzierung und der Übernahme der Kontrolle über die wissenschaftlichen Einrichtungen. Beides führt im Endeffekt zur Selbstzensur, welche die wissenschaftliche Exzellenz zunehmend bedroht.

In dem Panel zu anthropologischen Perspektiven auf Freiheit hat Nicolette Makovicky (University of Oxford) den Blick auf die politische Mythologie der Górale gelenkt. Die in den polnischen Karpaten lebenden Hochlandbewohner\*innen wurden seit dem 19. Jahrhundert in Kunst und Literatur als Figuren heroischer Unabhängigkeit auch von der Macht (ausländischer) Feudalherren beschrieben. Auf der Grundlage ethnografischer Feldforschungen in den polnischen Karpaten untersuchte die Referentin, wie diese Stereotype in ihrer Wahrnehmung von und ihren Beziehungen zu lokalen,

nationalen und europäischen Institutionen aufgegriffen und instrumentalisiert werden. Anschließend hat Marcin Ślarzyński (IFiS PAN) nationale und lokale Perspektiven auf Freiheit und Unabhängigkeit in Polen gegenübergestellt. Dabei hat er auf der Grundlage von Interviewmaterial mit lokalen Vertreter\*innen der konservativen wie regierungsnahen Klubs der Gazeta Polska dargestellt, dass die Grasswurzelebene der polnischen Regierungspartei nicht nur ein wichtiger Transmissionsriemen von oben nach unten ist, sondern wie sehr die Wahrnehmung von Freiheit auch von lokalen Rahmenbedingungen abhängt. Den letzten Vortrag im Panel widmete Agnieszka Kosiorowska (Uniwersytet Warszawski) der Frage, wieso Katholikinnen sich den Protesten gegen das de facto Abtreibungsverbot durch das polnische Verfassungsgericht anschlossen. Dabei konnte sie zeigen, welche Mechanismen hinter der zunehmend schnellen Laisierung der polnischen Gesellschaft liegen und wie zentral hier die Rolle der Gewissensfreiheit ist.

Das letzte Panel der Konferenz widmete sich der gesellschaftlichen Basis illiberaler Politiken. Piotr Kocyba (IFiS PAN) und Marta Kołczyńska (ISP PAN) haben auf der Grundlage mehrerer Protestbefragungen der Klubs der Gazeta Polska ein für Demokratien höchst seltenes Phänomen von Pro-Regierungsdemonstrationen untersucht und hier die Einstellungsebene der Teilnehmenden vorgestellt. Sabine Volk (Uniwersytet Jagielloński) blickte auf Pegida-Demonstrationen und wie diese während der Pandemie ihr Framing veränderten und sich als Verteidiger\*innen der Demokratie gegen eine vermeintliche Corona-Diktatur positionierten. Ähnlich dem ersten Beitrag in diesem Panel blickte Dániel Mikecz (CSS) auf die Teilnehmenden des Friedensmarsches, der jährlich Unterstützende der Fidesz-Regierung versammelt. Michael Neuber (ZTG TU Berlin) hat auf der Grundlage einer visuellen Analyse von Plakaten von einem Protest der Gegner\*innen der Coronamaßnahmen dargestellt, wie wichtig die Selbstwahrnehmung als Kämpfer\*innen für die Freiheit war, und wie diese als zentrales identitätsstiftendes Moment für diese Protestbewegung fungierte. Abgeschlossen wurde die Konferenz von Rafał Riedel (Uniwersytet Opolski) und Stefan Garsztecki (TU Chemnitz), die in ihren Schlussbemerkungen nicht nur die wichtigsten Erkenntnisse der Vorträge und Debatten zusammenführten, sondern betonten, wie notwendig eine theoretische wie vergleichende Analyse des Illiberalismus ist.